

REGINA FRITZ

## POLITISCHER NEUANFANG UNTER AUSSENPOLITISCHEM DRUCK

### DIE ZWEITE UNGARISCHE REPUBLIK UND DIE FRIEDENSVERHANDLUNGEN VON PARIS 1946

Der ungarische Schriftsteller Sándor Márai notierte im Jahre 1944 in sein Tagebuch:

„Wenn dieser Krieg vorbei ist, wartet eine unermessliche Reihe von Aufgaben auf uns. Wir müssen die Toten begraben, die Trümmer forträumen, Brot an die Hungernden verteilen und aus den Scherben, die uns die Horde an Raubmördern, die zum größten Teil das Land bereits verlassen hat, hinterließ, etwas wie ein Staatsgebilde errichten. Aber das sind die geringeren Aufgaben. Wenn Ungarn wieder eine in der Völkerfamilie geachtete Nation werden will, muss jenes mit dem Etikett ‚rechts‘ bezeichnete eigenartige Etwas in den Seelen eines Menschentyps getilgt werden [...]“<sup>1</sup>

Die zukünftigen Aufgaben eines ungarischen Staates, welcher nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und nach dem Zusammenbruch der rechten Diktaturen vor einem umfassenden Wiederaufbau stand, fasste Márai weitblickend zusammen: Die Beseitigung der Kriegsschäden beziehungsweise -folgen war nur eine der Herausforderungen, mit denen sich die im Dezember 1944 in den befreiten Landesteilen eingerichtete provisorische Regierung konfrontiert sah. Eine zentrale Bedeutung sprachen sie und die ihr nachfolgenden Transitionsregierungen der kurzen liberal-demokratischen Phase der „Umerziehung“ und Demokratisierung der ungarischen Gesellschaft zu.

Im Zentrum der politischen Bemühungen der ungarischen Nachkriegsregierungen stand daher bereits vor Kriegsende, bislang gültige Wertehaltungen und Weltbilder kritisch zu hinterfragen und neue Identifikations-

---

<sup>1</sup> SÁNDOR MÁRAI, Tagebücher 1943–1944, Berlin 2001, S. 259.

angebote zu formulieren. Diese Aufgabe wurde in Ungarn von zwei Faktoren erschwert: Einerseits hatte der Großteil der ungarischen Bevölkerung weder die nationalsozialistische Besatzungszeit als Niederlage beziehungsweise brutale Unterdrückung empfunden, noch dem Faschismus ablehnend gegenübergestanden. Die ungarische Pfeilkreuzlerpartei hatte bei den Wahlen 1939 mit 25 Prozent der Stimmen einen großen Erfolg erreicht und damit auf einen gewissen gesellschaftlichen Rückhalt bauen können. Andererseits brachte ein Teil der Bevölkerung dem Systemwandel in dem von sowjetischen Truppen besetzten Land in vielen Fällen keine Begeisterung entgegen – nicht zuletzt angesichts von Vergewaltigung, Mord, Raub und Verschleppung in die Sowjetunion.

Eines der zentralen Anliegen des jungen ungarischen Staates bestand nun darin, die Gesellschaft davon zu überzeugen, dass der Bruch mit den vergangenen politischen Systemen notwendig war. Durch gezielte Geschichtspolitik sollte die Identifikation der Mehrheitsbevölkerung mit dem neuen politischen System und die gesellschaftliche Ablehnung der vergangenen rechtsdiktatorischen Regime gefördert sowie die Legitimität des neuen Staates gestärkt werden. Essenziell wurde dies neben innen- auch aus außenpolitischen Erwägungen. Schließlich stand Ungarn nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges den alliierten Siegermächten als ein Land gegenüber, das sich durch die Einführung antijüdischer Maßnahmen seit 1920 gegen seine eigenen Staatsbürger gestellt,<sup>2</sup> eine aggressive Revisionspolitik betrieben und als Verbündeter des Deutschen Reiches durch Gebietszugewinne von dessen Expansionspolitik profitiert<sup>3</sup> und trotz mehrerer Kriegaustrittsanstrengungen<sup>4</sup> bis zur endgültigen Niederlage auf

---

<sup>2</sup> Im Rahmen des 1920 verabschiedeten Numerus clausus-Gesetzes wurde die Zahl der jüdischen Studenten auf sechs Prozent beschränkt. MÁRIA KOVÁCS, *Törvénytől súlytva. A numerus clausus Magyarországon 1920–1945* [Per Gesetz entrechtet. Der Numerus clausus in Ungarn 1920–1945], Budapest 2012. In den folgenden Jahren folgten mehrere antijüdische Gesetze und eine Reihe von Verordnungen, die die ungarischen Juden aus der Gesellschaft schrittweise ausgliederten.

<sup>3</sup> Im Ersten Wiener Schiedsspruch (1938) erhielt Ungarn Teile der Slowakei und der Karpato-Ukraine. 1939 besetzte Ungarn die gesamte Karpato-Ukraine. Mit dem Zweiten Wiener Schiedsspruch (1940) wurde Ungarn auch Nordsiebenbürgen zugesprochen. Im Zuge der Beteiligung Ungarns am Krieg gegen Jugoslawien besetzten ungarische Truppen schließlich die Bačka und andere jugoslawische Gebiete.

<sup>4</sup> Als es sich im Frühjahr 1944 zunehmend abzeichnete, dass Horthy versuchen würde, das Bündnis mit dem Deutschen Reich zu lösen und Ungarn aus dem Krieg herauszuführen, gab Hitler im März 1944 den Befehl zur Besetzung Ungarns durch Einheiten der Wehrmacht und der SS. Ein zweiter Versuch, mit den Alliierten einen Waffenstillstand abzuschließen, scheiterte an der Machtübernahme der Pfeilkreuzler im Oktober 1944.

der Seite des Deutschen Reiches gekämpft hatte. Dass weder die Gesellschaft und noch die oppositionellen Kräfte gegen die prodeutsche Politik der ungarischen Regierungen und gegen die am 19. März 1944 erfolgte deutsche Besatzung nennenswerten nationalen Widerstand hatten entfalten können, brachte Ungarn bei der Friedenskonferenz, welche zwischen dem 29. Juli und dem 15. Oktober 1946 in Paris stattfand, in Rechtfertigungszwang. Hier waren nämlich nicht nur die Interessen und die Wertehaltungen der Siegermächte entscheidend. Von Bedeutung war auch die Haltung der einzelnen Länder während des Zweiten Weltkrieges. Während Jugoslawien auf die erfolgreiche Partisanenarmee unter Tito verweisen und Rumänien – ebenfalls lange Zeit ein Bündnispartner des Deutschen Reiches – sich auf den Frontwechsel im Sommer 1944 berufen konnte, hatte Ungarn nichts Vergleichbares aufzuweisen. In den von den faschistischen Pfeilkreuzlern kontrollierten ungarischen Gebieten war der bewaffnete Kampf vielmehr bis April 1945 auf Seiten des Deutschen Reiches fortgeführt worden.<sup>5</sup>

Angesichts dieser Ausgangssituation warnte der Journalist Iván Boldizsár, der spätere Leiter des Propagandadienstes der Pariser ungarischen Delegation, bezogen auf die Friedensverträge bereits am 11. September 1945 in der Zeitung „Új Magyarország“ vor überzogenen Erwartungen und machte auf die Schwierigkeiten bei der friedensvorbereitenden Tätigkeit der ungarischen Regierung aufmerksam:

„Das größte Problem: Die Menschen nehmen einfach nicht zur Kenntnis, dass wir den Krieg verloren haben. Sie denken nicht daran, dass nicht die siegreichen Nationen Ungarn den Krieg erklärt haben, sondern wir ihnen [...]. Wir dürfen unter anderem auch nicht vergessen, dass unser Ruf im Ausland niederschmetternd schlecht ist. All das der Öffentlichkeit angemessen zu vermitteln, ist eine der wichtigsten Aufgaben der geistigen Friedensvorbereitung, der psychologischen Friedensvorbereitung.“<sup>6</sup>

Die kritische Konfrontation mit der Vergangenheit erschien daher den politischen Eliten entscheidend, um die ungarische Gesellschaft auf einen möglichen ungünstigen Ausgang der Friedensverhandlungen vorzubereiten. Hinzu kam die Überzeugung, dass es in einem Land so lange keine Möglichkeit zur Festigung der demokratischen Kultur und des demokrati-

---

<sup>5</sup> Die im Dezember 1944 in den von den sowjetischen Truppen befreiten Landesteilen gebildete provisorische Regierung erklärte am 28.12.1944 Deutschland den Krieg und unterzeichnete am 20.01.1945 ein Waffenstillstandsabkommen mit den Alliierten.

<sup>6</sup> IVÁN BOLDIZSÁR, Don – Buda – Párizs [Don – Buda – Paris], Budapest 1982, S. 242 f.

schen Denkens gebe, wie dieses nicht fähig sei, sich mit seiner eigenen Vergangenheit zu konfrontieren, und die Bevölkerung kein realistisches Selbstbild über die politische und gesellschaftliche Verantwortung während des Krieges entwickelte.<sup>7</sup>

Man ging also vom Grundsatz aus, dass die Auseinandersetzung mit Kriegsverbrechen und mit Fragen der Kriegsschuld die demokratische „Umerziehung“ der Bevölkerung zur Folge haben würde. Dass dies von den ausländischen Beobachtern, insbesondere von den bei den Pariser Friedensverhandlungen federführenden Alliierten, als ein Beweis der fortschreitenden Demokratisierung erachtet werden könnte, hielt man für einen zusätzlichen Vorteil.

Die ersten Nachkriegsmonate waren in diesem Sinne von umfassenden Abrechnungs- und Vergeltungsmaßnahmen gekennzeichnet. Neben der Ahndung von Kriegsverbrechen stellte sich der Staat zunächst auch der Aufgabe, die Verbrechen aufzuklären, darunter auch jene, die gegen die einheimische jüdische Bevölkerung verübt worden waren.<sup>8</sup> Entsprechend gab die provisorische Regierung nicht nur wissenschaftliche Untersuchungen über den Holocaust in Auftrag.<sup>9</sup> Sie ließ bereits im Februar 1945 eine Untersuchungskommission zur Erforschung und Bekanntmachung der von den Nationalsozialisten und Pfeilkreuzlern verübten Verbrechen (*Náci és Nyilas Rémtettek Kivizsgálására Alakult Bizottság*) einrichten.<sup>10</sup> Der Vorsatz dieser Kommission, „die politischen Verbrechen unverblümt an die Öffentlichkeit“<sup>11</sup> zu bringen, kann hier symptomatisch für die ersten Phasen der ungarischen Geschichtspolitik gelten. So hieß es Anfang März

---

<sup>7</sup> Vgl. MÁRIA VÁSÁRHELYI, *A jelenbe zárva* [Eingeschlossen in die Gegenwart], in: *Élet és irodalom* 37 (2009), S. 5 f.

<sup>8</sup> Vgl. dazu ausführlich REGINA FRITZ, *Nach Krieg und Judenmord. Geschichtspolitik in Ungarn seit 1944*, Göttingen 2012.

<sup>9</sup> So betraute die ungarische Regierung zusammen mit der jüdischen Gemeinde den Journalisten Jenő Lévai mit einer Studie über die Ermordung der ungarischen Juden, welche anschließend zur Information der internationalen Öffentlichkeit auch in englischer Sprache erschien. Vgl. JENŐ LÉVAI, *Black Book on the Martyrdom of Hungarian Jewry*, Zürich 1948.

<sup>10</sup> Vgl. dazu ausführlich REGINA FRITZ, *Eine frühe Dokumentation des Holocaust in Ungarn. Die „Untersuchungskommission zur Erforschung und Bekanntmachung der von den Nationalsozialisten und Pfeilkreuzlern verübten Verbrechen“ (1945)*, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 14 (2017), H. 2, S. 352–368.

<sup>11</sup> Budapest Főváros Levéltára [Hauptstadtarchiv Budapest, BFL], XVII.2. (Budapesti Nemzeti Bizottság iratai), 20. Schachtel, 38/2. Bund, Aufruf des Budapester Nationalkomitees an die ungarische Gesellschaft vom 09.03.1945.

1945 auch in einem vertraulichen Dokument der sozialdemokratischen Partei:

„Unsere erste Aufgabe ist also, dass wir mit uns selbst ins Reine kommen! Auf diesem Weg ist der erste Schritt das richtige Informieren der ungarischen Öffentlichkeit. Wir müssen die in den Kinderschuhen steckende ungarische Öffentlichkeit lehren, sich mit den unangenehmen und schweren Fakten und mit den unvermeidlichen Gegebenheiten auseinanderzusetzen. [...] Der Öffentlichkeit muss all das offen enthüllt werden, was im Laufe der Friedensverhandlungen gegen uns angeführt werden kann [...].“<sup>12</sup>

Als jedoch die ungarische Delegation schließlich im Sommer 1946 in Paris eintraf, waren jene Expertisen und Memoranden, die sie im Gepäck hatte, von einem Duktus gekennzeichnet, der die Bevölkerung zu entlasten und das Ausland davon zu überzeugen suchte, dass die ungarische Gesellschaft dem Nationalsozialismus ablehnend gegenübergestanden wäre. Entsprechend erklärte auch der ungarische Außenminister János Gyöngyösi im Juni 1946 auf einer Pressekonferenz während seines USA-Aufenthaltes:

„The country which we represent has suffered immensely in the war. No other country in Europe was pillaged by the Nazis as much as Hungary.“<sup>13</sup>

Wie kam es zu diesem Wandel, wie war er begründet, welchen Einfluss hatten außenpolitische Überlegungen auf die geschichtspolitische Neuausrichtung? Im Folgenden werden diese Fragen genauer beleuchtet, und es wird dabei herausgearbeitet, wie sich das Narrativ über Kriegsschuld und Mitverantwortung im Laufe der Vorbereitungen auf die Friedensverhandlungen veränderte. Dabei gehen die folgenden Überlegungen davon aus, dass geschichtspolitische Auseinandersetzungen nicht abgeschottet stattfinden, sondern von internationalen Einflüssen geprägt sind. Auf der einen Seite beeinflussen internationale Akteure sie aktiv, auf der anderen Seite werden sie oft durch das Bestreben geprägt, sich an (angenommene) ausländische Erwartungen anzupassen.

---

<sup>12</sup> Politikatörténeti és Szakszervezeti Levéltár [Archiv des Instituts für Politische Geschichte, im Folgenden: PIL], 283/12, 135, Bl. 10, Vertrauliche Anmerkungen zu den technischen Aufgaben der Friedensvorbereitung vom 05.03.1945.

<sup>13</sup> Magyar Nemzeti Levéltár Országos Levéltára [Staatsarchiv des Ungarischen Nationalarchivs, im Folgenden: MNL OL], XIX-J-1-u, 22. Schachtel, Rede von Gyöngyösi während der Pressekonferenz im Blair-Lee House am 14.06.1946.

## Die Vorbereitungen auf die Pariser Friedensverhandlungen

Erste Vorarbeiten für die erwarteten Friedensverhandlungen lassen sich bereits in der Horthy-Ära festmachen. Die Regierung unter Ministerpräsident Miklós Kállay (März 1942 bis März 1944) begann schon im Sommer 1943 mit der Vorbereitung der nach dem Krieg erwarteten Friedenskonferenz.<sup>14</sup> Mit der Koordination dieser Arbeit wurde die politische Abteilung des ungarischen Außenministeriums beauftragt. Doch die deutsche Besetzung führte zu einem vorläufigen Abbruch dieser Tätigkeit.<sup>15</sup>

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die friedensvorbereitende Arbeit wieder aufgenommen. Der damalige ungarische Außenminister János Gyöngyösi richtete erneut eine eigene Abteilung zur Friedensvorbereitung im Außenministerium ein. Die ungarische Regierung war davon überzeugt, dass die ehemaligen Verbündeten des Deutschen Reiches im Laufe der Friedensverhandlungen nicht nur angehört würden, sondern auch, dass ihre Argumente auf einen positiven Ausgang dieser Verhandlungen sowie auf den Inhalt der Verträge Einfluss haben konnten.

Obwohl die ungarischen Verantwortlichen davon ausgingen, dass die ungarische Friedensdelegation nicht als gleichwertiger Verhandlungspartner erachtet und daher keine Möglichkeit haben werde, mit den Alliierten über Fragen, die Ungarn betrafen, zu verhandeln, glaubten sie also dennoch an die Sinnhaftigkeit einer friedensvorbereitenden Tätigkeit:

„Wir können nicht den technischen Ablauf der Friedensverhandlungen kennen, und wir können nicht wissen, wann unser Vortrag an der Reihe sein wird, ob am Beginn der Verhandlungen oder erst nach dem ‚Plädoyer der Anklage‘. Aber wir müssen uns auf jeden Fall vorbereiten, damit wir auf alle gegen uns vorbringbaren Argumente schon im Vorhinein reagieren können.“<sup>16</sup>

Um auf Vorwürfe adäquat antworten zu können und das Ausland „aufzuklären“, ließ die Abteilung zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen (*Békeelőkészítő Osztály*) zahlreiche wirtschaftliche, gesellschaftliche,

---

<sup>14</sup> IGNÁC ROMSICS, *Az 1947-es Párizsi Békeszerrződés* [Der Pariser Friedensvertrag 1947], Budapest 2006, S. 32.

<sup>15</sup> Die bereits fertig gestellten Dokumente wurden in die Schweiz geschafft oder vernichtet. Vgl. IGNÁC ROMSICS, *A párizsi békeszerrződés, 1947* [Der Pariser Friedensvertrag, 1947], in: *Rubicon* (2007), H. 1–2, S. 24–43, hier S. 38.

<sup>16</sup> PIL, 283/12, 135, Bl. 10, Vertrauliche Anmerkungen zu den technischen Aufgaben der Friedensvorbereitung vom 05.03.1945.

politische und historische Untersuchungen, die sich u. a. um Fragen der Kriegsschuld drehten, anfertigen.<sup>17</sup> Diese wurden von den einzelnen Ministerien, vom Statistischen Zentralamt (*Központi Statisztikai Hivatal*), von der Ungarischen Nationalbank (*Magyar Nemzeti Bank*), vom Ungarischen Wirtschaftsforschungsinstitut (*Magyar Gazdaságkutató Intézet*) und von den Einzelabteilungen des Wissenschaftlichen Instituts Pál Teleki (*Teleki Pál Tudományos Intézet*) ausgearbeitet, in mehrere Sprachen übersetzt und ausländischen Journalisten sowie den amerikanischen, englischen, russischen und französischen Friedensdelegationen übergeben.<sup>18</sup>

Gleichzeitig gab die Abteilung zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen die Anfertigung von Expertisen in Auftrag, in denen mögliche Argumentationsstrategien für die Friedensverhandlungen entwickelt werden sollten. Der ungarische Historiker Ignác Romsics beziffert die Zahl der externen Experten, die Anfang des Jahres 1946 zu friedensvorbereitenden Tätigkeiten herangezogen wurden, mit über einhundert. Die Abteilung zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen selbst hatte etwa zwanzig Mitarbeiter.<sup>19</sup>

Neben der Anfertigung von Expertisen und Gutachten fanden zwischen März und Juni 1946 auch persönliche Treffen zur Friedensvorbereitung statt. Dazu reisten ungarische Delegationen nach Moskau (9.–18. April 1946), Washington (8. Juni 1946), London (21.–22. Juni 1946) und Paris (25. Juni 1946), um die Unterstützung der federführenden Großmächte zu gewinnen.

### Negative Geschichtspolitik – Das „Lossagen von der Vergangenheit“

Der Präsident der provisorischen Regierung Béla Miklós von Dálnok erklärte in seiner Parlamentsrede im September 1945:

„Die nationale Regierung sah die erste Bedingung der ungarischen Existenz darin, dass sie in vollem Maß und sofort mit der schuldbeladenen Vergangenheit bricht, aus diesem Grund hat sie – am ersten Tag ihrer Tätigkeit – Deutschland den Krieg erklärt. [...] Die Regierung will auch seitdem mit allen ihren Aktivitäten versichern, dass sie des Vertrauens der alliierten Großmäch-

---

<sup>17</sup> Die Untersuchungen kreisten um Fragen der ungarischen Außenpolitik während des Zweiten Weltkrieges, die Situation der ungarischen Minderheit oder um Fragen des ungarischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und das Deutsche Reich.

<sup>18</sup> Vgl. ROMSICS, A párizsi békeszerződés, S. 30.

<sup>19</sup> Vgl. ebd.

te würdig ist und es ihre größte Sehnsucht ist, als bescheidenes Mitglied der Familie der freiheitsliebenden Völker ehrlich, in demokratischem Geiste ihre nationale Zukunft ausbauen zu können.“<sup>20</sup>

Dabei wurde der Verweis auf die demokratische Wende im Dezember 1944 seit der Etablierung einer provisorischen Koalitionsregierung, in der hochrangige Offiziere, Angehörige der kommunistischen bzw. der sozialdemokratischen Partei, der Partei der unabhängigen kleinen Landwirte sowie der Nationalen Bauernpartei vertreten waren, eine der wichtigsten Strategien der ungarischen Regierung gegenüber dem Ausland. Im Mittelpunkt dieser Darstellung stand die Argumentation, dass der neue demokratische Staat für die Taten der vergangenen Regime nicht bestraft werden dürfe. So betonte der sozialdemokratische Politiker Pál Schiffer,

„dass dieser Krieg, welchen wir führten und verloren, nicht dieses System, nicht die Demokratie und diese Regierung führten und akzeptierten [...], für diesen Krieg und für all dessen Konsequenzen ist nicht die Demokratie, sondern das vergangene Horthy- und Szálasi-Regime verantwortlich.“<sup>21</sup>

Und auch der Ministerpräsident der im Februar 1946 neu ausgerufenen Republik Ferenc Nagy verwies in seiner Antrittsrede vor der Nationalversammlung<sup>22</sup> darauf, dass die erstarkende Demokratie in Ungarn dem Ausland zeigen müsse, dass sich nicht das „verbrecherische, kriegerische Ungarn vor seinen Richter“ stellt, sondern das „friedliche, werktätige Ungarn“. <sup>23</sup> Mit Hilfe des Narrativs vom „Bruch mit der Vergangenheit“ stellten die politischen Akteure der unmittelbaren Nachkriegszeit die neue, vom Volk getragene Demokratie dem verbrecherischen, von den

---

<sup>20</sup> Rede von Béla Miklós von Dálnok am 5. September 1945, in: *Az Ideiglenes Nemzetgyűlés Naplója* 1944. december 21–1945. szeptember 13 [Protokollsammlung der provisorischen Nationalversammlung, 21. Dezember 1944 – 13. September 1945], Budapest 1946, S. 39.

<sup>21</sup> Rede von Pál Schiffer vor der Nationalversammlung am 27. Februar 1946, in: *Az 1945. évi november hó 29.-ére összehívott Nemzetgyűlés Naplója*, I. kötet, 1.–30. ülés [Protokollsammlung der am 29. November 1945 einberufenen Nationalversammlung, Bd. 1, 1.–30. Sitzung], Budapest 1946, S. 636. Entsprechend betonte auch Zoltán Tildy in seiner Nationalratsrede vom 6. September 1945, dass nicht die ungarische Nation den Krieg geführt habe, sondern deren schuldige Regierungen. Rede von Zoltán Tildy vor der provisorischen Nationalversammlung am 6. September 1945, in: *Az Ideiglenes Nemzetgyűlés Naplója*, S. 53.

<sup>22</sup> Im November 1945 wurde die provisorische Regierung durch eine gewählte Regierung abgelöst.

<sup>23</sup> Rede von Ferenc Nagy vor der Nationalversammlung am 7. Februar 1946, in: *Az 1945. évi november hó 29.-ére összehívott Nemzetgyűlés Naplója*, S. 382.



aristokratischen Eliten getragenen, autoritär-konservativen bzw. faschistischen Staat gegenüber, mit dem man nichts gemeinsam haben wollte und der als „negativer Kontrapunkt“ dargestellt wurde.

Damit folgten die Politiker Expertisen der Friedensvorbereitenden Abteilung, so hob ein Gutachten des Innenministeriums vom 2. Juli 1945 hervor: „Es muss bei jeder gegebenen Gelegenheit betont werden, dass das jetzige Regierungssystem eine vollkommen andere Ideologie vertritt und eine völlig andere Politik verfolgt als die ungarischen Regime des vergangenen Jahrzehnts.“<sup>24</sup> Den Bruch mit der Vergangenheit sollte die Ausrufung der Republik am 1. Februar 1946 besiegeln. Damit sollte innen- wie auch außenpolitisch demonstriert werden, dass im neuen Staat keinerlei Rechtskontinuität mit den vergangenen rechtsdiktatorischen Regimen bestehe.<sup>25</sup> Diese Argumentation war nicht nur für außenpolitische Ziele entscheidend, sie sollte auch verhindern, dass die Bevölkerung für die Schwierigkeiten der Nachkriegsjahre die demokratischen Regierungen verantwortlich machte.<sup>26</sup>

Um die politische Wende glaubhaft zu propagieren, setzten die politisch Verantwortlichen eine Reihe von Maßnahmen in Gang: So erließ die provisorische Regierung bereits am 25. Januar 1945 eine Verordnung über die Volksgerichte, die bis 1. April 1950 mehr als 90.000 Untersuchungsverfahren einleiteten.<sup>27</sup> Am 26. Februar 1945 ordnete sie die Auflösung aller faschistischen Organisationen an. Dies betraf insgesamt 25 Parteien und Vereine. Am gleichen Tag ließ sie alle faschistischen, antidemokratischen und sowjetfeindlichen Schriften beschlagnahmen und rief die Privathaushalte unter Strafandrohung dazu auf, diese Werke zu vernichten.

---

<sup>24</sup> MNL OL, XIX-J-1-a, 32. Schachtel, Bl. 5, Notiz über die Vorbereitungen für die internationalen Nachkriegsverhandlungen mit besonderer Berücksichtigung der Gebietsfragen, vorbereitet durch das Innenministerium, vom Ministerrat am 24.07.1945 angenommen.

<sup>25</sup> GIZELLA FÖGLEIN, Az államfő „intézménye“ 1944 és 1949 között [Die „Institution“ des Staatsoberhauptes zwischen 1944 und 1949], in: Múltunk 2 (2005), S. 221–230, hier S. 227.

<sup>26</sup> So betonte etwa der Sozialdemokrat Ferenc Szeder wie wichtig es sei, die ungarische Bevölkerung nicht vergessen zu lassen, dass für die „Tragödie, in die sie gekommen ist“, die „herrschende Klasse verantwortlich war, welche das Land in Krieg und Zerstörung gestürzt hat“. Rede von Ferenc Szeder vor der Nationalversammlung am 1.12.1945, in: Az 1945. évi november hó 29.-ére összehívott Nemzetgyűlés Naplója, S. 69 f.

<sup>27</sup> ISTVÁN DEÁK, Revolutionäre oder Verräter? Politische Prozesse in Ungarn zwischen 1919 und 1958, in: Transit. Europäische Revue 15 (1998), S. 60–72, hier S. 65. Diese Zahl bezieht auch jene Personen mit ein, die nicht als Kriegsverbrecher, sondern als politische Gegner verfolgt wurden.

Personen, die in einer der 25 als faschistisch klassifizierten Organisationen ein Amt bekleidet hatten, wurde das Wahlrecht entzogen. Am 17. März 1945 setzte die provisorische Regierung alle antijüdischen Gesetze und Verordnungen des Horthy- und Szálasi-Regimes außer Kraft und deklarierte die Gleichheit aller Staatsbürger. In den folgenden Monaten folgten zahlreiche Verordnungen, die die Restitution des enteigneten jüdischen Vermögens zum Ziel hatten.<sup>28</sup>

Damit sollten die Alliierten davon überzeugt werden, dass die für den Krieg verantwortlichen Politiker entmachtet und vielfach bereits bestraft wurden und „dass wir uns tatsächlich vom Geist der vergangenen Politik losgesagt haben“ – wie es beispielsweise in einer Empfehlung des Teleki-Institutes hieß.<sup>29</sup> Durch einen ungünstigen Friedensschluss würde nun über ein ganzes Volk ungerecht gerichtet werden. Bezugnehmend auf die getroffenen gesetzlichen Maßnahmen zur Abrechnung mit der Vergangenheit hieß es daher in einem Schreiben der Abteilung des Außenministeriums zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen an die englische Delegation:

„[E]ine ganze Reihe von Gesetzesbestimmungen zeigt, dass das Lossagen von der beschämenden Vergangenheit vollständig und gänzlich passiert und dass die ungarische Regierung entschlossen ist, alle Wurzeln der ungarischen faschistischen Seuche energisch und unerbittlich auszureißen.“<sup>30</sup>

Bald erkannte jedoch die ungarische Regierung, dass der demokratische Wandel auf der internationalen Bühne nicht als schuld mindernder Umstand betrachtet wurde. So äußerte sich der Leiter der Abteilung zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen, István Kertész, bereits im Dezember 1945:

„Bezüglich unserer Kriegsschuld ist es meine Ansicht, dass wir alle Umstände aus der Vergangenheit vorbringen müssen, welche unsere Kriegsschuld mindern oder zumindest unser Verhalten erklären könnten, nachdem aufgrund des gleichartigen Wesens des Staates der Regimewechsel unsere internationale Verantwortung nicht berührt. Und aus den das ungarische Volk bedrücken-

---

<sup>28</sup> Dabei waren die konkreten Maßnahmen im Zusammenhang mit Restitution und Entschädigung oft lückenhaft und scheiterten meist in der Umsetzung. Ausführlich dazu: FRITZ, *Nach Krieg und Judenmord*.

<sup>29</sup> MNL OL, XIX-J-a-IV-13-537/Bé-1946, Bl. 1145, Ermahnung des Teleki-Instituts vom 17.07.1945.

<sup>30</sup> MNL OL, XIX-J-1c, 26. Schachtel, Brief der Friedensvorbereitenden Kommission an die englische Delegation, o. J. [wahrscheinlich September 1946].

den Lasten dürfen wir nicht mehr übernehmen, als unbedingt notwendig ist. Unser Verhalten wäre ansonsten volksfeindlich.“<sup>31</sup>

Diese Erkenntnis (zusammen mit anderen Umständen) führte im Laufe des Jahres 1946 zu einem Wandel des geschichtspolitischen Diskurses, der den Duktus der Memoranden und Expertisen, die schließlich den Alliierten bei den Friedensverhandlungen vorgelegt wurden, prägen sollte.

### Der Wandel des geschichtspolitischen Diskurses

Hatte Ministerpräsident Béla Miklós von Dálnok im September 1945 noch den Bruch mit der „schuldbeladenen Vergangenheit“ betont und dabei explizit auf die verbrecherischen Taten der vergangenen Regime verwiesen, befürchtete die nach den Wahlen im November 1945 gebildete Koalitionsregierung bald, dass eine allzu selbstkritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit negative Auswirkungen auf den Ausgang der Friedensvertragsverhandlungen haben könnte – zumal andere ehemaligen Kollaborationsstaaten, so die ungarische Außenwahrnehmung, keine ähnliche Selbstprüfung unternommen, vielmehr auf ungarische Verantwortlichkeiten verwiesen hatten. Daher suchte die ungarische Regierung zunehmend nach Argumenten, welche in der Lage waren, die Kriegsschuld Ungarns zu mindern.

Ihre ursprüngliche Haltung bezüglich der Kriegsverantwortung gab Ungarn dabei insbesondere aus zwei realpolitischen Gründen auf. Auf der einen Seite befürchtete sie, durch die Betonung der eigenen Kriegsschuld höhere Reparationszahlungen leisten zu müssen. Auf der anderen Seite kann auch die Angst vor weiteren Gebietsverlusten bzw. die Hoffnung auf Gebietszugewinne dazu geführt haben, dass Ungarns Kriegsschuld tendenziell und zunehmend heruntergespielt wurde. Schließlich entschied die ungarische Regierung im Zuge der Friedensverhandlungen konkrete Gebietsforderungen an Rumänien auszusprechen, und die von János Gyöngyösi geleitete ungarische Delegation bat um die Wiederangliederung eines Gebiets von insgesamt 22.000 km<sup>2</sup>. Darüber hinaus ersuchte sie um Autonomie für das sogenannte Szeklerland, drei mehrheitlich ungarischsprachige Verwaltungskreise in Siebenbürgen, und bekämpfte den tschechoslowakischen Wunsch nach Angliederung von fünf Dörfern

---

<sup>31</sup> MNL OL, XIX-J-1-a, 32. Schachtel, Bl. 450, Brief von Kertész an Tildy vom 28.12.1945.

an die Tschechoslowakei. Mit der offiziellen Entscheidung der ungarischen Regierung, bei den Pariser Friedensverhandlungen konkrete Gebietsforderungen auszusprechen – ein Entschluss, über den zwischen den einzelnen Koalitionsparteien lange Zeit Uneinigkeit geherrscht hatte, –, wandelte sich auch die Behandlung der Kriegsschuldfrage auf staatlicher Ebene.

Mit der Kehrtwende in der Argumentation reagierte die ungarische Regierung dabei auf strategische Expertisen, die zur Beratung der friedensvorbereitenden Arbeit angefertigt worden waren. So hatte der Historiker Domokos Kosáry 1946 vorgeschlagen:

„In der Diskussion, die um die Friedensvorbereitungen entstanden ist, haben viele betont, wie notwendig und richtig die Aufdeckung der Schuld ist, auf welch große – obwohl selten eingesetzte – ungarische Traditionen die Ausübung von strenger Selbstkritik zurückgeht und wie wenig es einen Ausweg gibt, ohne das ehrliche, reale Erkennen der Dinge und ohne innere Reinigung. Hier müssen wir dennoch anmerken, dass aus lediglich friedensvorbereitenden, also nicht gewissenhaften, sondern aus schuldentilgenden Standpunkten unser Interesse darin liegt, dass wir unsere Schuld klein oder möglichst nicht zu groß einschätzen [...]. Zumindest sollten wir sie nicht höher bemessen als unbedingt notwendig.“<sup>32</sup>

Kosáry unterstrich damit, dass es sich bei der friedensvorbereitenden Tätigkeit nicht um eine moralische Selbstbefragung handle; diese könne – so auch die Meinung der damaligen Gutachter – nach Abschluss des Friedensvertrages vorgenommen werden.

Um die Kriegsschuld als möglichst gering darzustellen, griff der ungarische Staat auf zwei zentrale Strategien zurück: Aufrechnung und Auslagerung. Durch den Nachweis der Kriegsverantwortung anderer Nationen versuchte die Regierung, die Minderung oder sogar die Tilgung der eigenen Verantwortung zu erreichen. Dabei wurde in erster Linie die Kriegsschuld jener Staaten akzentuiert, an die man Gebietsforderungen stellen wollte bzw. deren Gebietsforderungen man bekämpfte: nämlich jene Rumäniens, das zwar ebenfalls auf Deutschlands Seite gekämpft hatte, dem aber im August 1944 ein Seitenwechsel gelungen war,<sup>33</sup> und jene der Tschechoslowakei. Gemäß dieser ungarischen Argumentationslinie war

---

<sup>32</sup> MNL OL, XIX-J-1-a, 32. Schachtel, Bl. 450, Entwurf von Domokos Kosáry zum Thema „Die Vorbereitung des Friedens“ aus dem Jahr 1946.

<sup>33</sup> Aufgrund dieses Seitenwechsels verstand sich Rumänien – anders als Ungarn – nicht als Verliererstaat, musste schließlich dennoch auch hohe Reparationszahlungen an die Sowjetunion leisten.

das Tschechien der Jahre vor 1945 „der allertreueste Diener“ Deutschlands und versorgte mit seiner fortschrittlichen Industrie die deutsche Waffenproduktion.<sup>34</sup> Zur Rolle Rumäniens hieß es in den Dokumenten, die bei der Pariser Friedenskonferenz den Alliierten vorgelegt wurden:

„Romania began to turn more and more towards Germany, introduced a Fascist Iron Guard dictatorship and invited German troops into the country, which meant a further step forward in the German encirclement of Hungary.“<sup>35</sup>

Neben der „Strategie der Aufrechnung“ wurde auch ein großer Teil der Verantwortung für Krieg und Verbrechen ausgelagert und den deutschen Besatzern, den faschistischen, ungarischen Pfeilkreuzlern und „semi-feudal elements, the aristocracy, and the big landowner class, the capitalists of big industry, such of the civil service as was prepared to serve it, and finally a small military caste, foreign in origin and mentality“<sup>36</sup> angelastet. Ganz besonders wurde dabei der Umstand betont, dass für den Kriegseintritt Ungarns nicht das ungarische Volk, sondern eine kleine, reaktionäre Gruppe verantwortlich gewesen sei. Verwiesen wurde dabei in vielen Fällen auf die fremde Herkunft der damaligen politischen Akteure, so beispielsweise auf die armenischen Wurzeln des Pfeilkreuzlers Ferenc Szálasi, dessen hungaristische Partei im Oktober 1944 die Macht übernommen hatte.

Dabei hatte bereits der regierungspolitisch forcierte Bruch mit der Vergangenheit eine starke diskursive Unterscheidung zwischen den Trägern der rechten Diktaturen, deren Verantwortung für die Kriegsschuld deutlich formuliert wurde, und der Bevölkerung, die vom Kollaborations- und Mitverantwortungsvorwurf freigesprochen wurde, enthalten. So hieß es etwa schon Ende 1944 in der Rede des Präsidenten der Vorbereitungskommission der provisorischen Nationalversammlung, István Vásáry:

„Wir haben die Vertreter des ungarischen Volkes deswegen zusammengerufen, damit sie feierlich kundtun, dass die Politik, welche die ungarische Nation zu den aktuellen schweren Prüfungen führte, dem Geist des ungarischen

---

<sup>34</sup> Rede des Abgeordneten der Ungarischen Freiheitspartei István Pásztor am 27. August 1946, in: *Az 1945. évi november hó 29.-ére összehívott Nemzetgyűlés Naplója*, III. kötet, 51.–66. ülés [Protokollsammlung der am 29. November 1945 einberufenen Nationalversammlung, Bd. 3, 51.–66. Sitzung], Budapest 1951, S. 258.

<sup>35</sup> MNL OL, XIX-J-1-c, 26. Schachtel, „Memorandum of the Hungarian Government Concerning the Problem of Hungary's War Guilt“, 1946, Annex N. 17.

<sup>36</sup> Ebd.

Volkes fremd ist. (So ist es! So ist es!)[<sup>37</sup>] Das ungarische Volk war nicht der entscheidende Faktor dieser Politik, sondern nur deren leidendes Subjekt. (So ist es! So ist es!) Die Lenker dieser Politik haben im Dienste von fremden Interessen bewusst das Leben hier mit ihrer Untertänigkeit infiziert.<sup>38</sup>

Dieses auf dem Prinzip von Gut und Böse aufbauende Narrativ anerkannte zwar eine Schuld, die Verantwortlichkeiten für Krieg und Verfolgung wurden jedoch gleichzeitig ausgelagert. Dieses vergangenheitskritische Narrativ trug damit bereits den Keim einer „Meistererzählung“ in sich, die die Gesellschaft entlastete und der Bevölkerung gegenüber Integration anbot.

Im Zentrum jener Papiere, die die Regierung bei den Friedensverhandlungen vorlegte und die die Kriegsschuld Ungarns berührten, standen zwei zentrale Topoi: ein Widerstandsmythos und ein Opfernarrativ, das die Mehrheit der Bevölkerung einschloss. Dies erachtete die politische Elite nicht nur für notwendig, um die Trennlinie zwischen der Haltung der Mehrheitsbevölkerung und der Politik des Horthy- bzw. Szálasi-Regimes zu verdeutlichen, sondern auch um sich selbst zu legitimieren.

Um diese „Meistererzählungen“ zu untermauern, verwies die ungarische Regierung auf antifaschistische Widerstandshandlungen, suchte nach Beispielen für die passive Resistenz der Bevölkerung und zeigte den niedrigen gesellschaftlichen Rückhalt des Horthy-Regimes auf, welches – durch ein eng gefasstes Wahlrecht – durch einschränkende politische Partizipationsmöglichkeiten breiter Bevölkerungsschichten charakterisiert war.<sup>39</sup> Betont wurde dabei, dass in einem „halbfeudalen und halbfaschistischen“ Staat die breiten Massen kaum Möglichkeiten gehabt hätten, abweichende Meinungen kundzutun. Die Bevölkerung sei somit lediglich ein Spielball,

---

<sup>37</sup> Die Protokolle der Nationalversammlung geben in Klammer die Reaktionen der anwesenden Abgeordneten wieder.

<sup>38</sup> Eröffnungsrede des Präsidenten der Vorbereitungskommission der provisorischen Nationalversammlung, des Angehörigen der Partei der unabhängigen kleinen Landwirte, István Vásáry, in der ersten Sitzung der provisorischen Nationalversammlung am 21.12.1944, in: *Az Ideiglenes Nemzetgyűlés Naplója*, S. 6.

<sup>39</sup> Im Jahr 1939 sank die Zahl der Wahlberechtigten nach der Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes von 33,8 Prozent (1935) auf 30,9 Prozent der Gesamtbevölkerung. Voraussetzungen für die Zuerkennung des aktiven Wahlrechts waren seit 1939 eine zehnjährige ungarische Staatsangehörigkeit, eine sechsjährige Ortsansässigkeit und der Abschluss der sechs Grundschulklassen. In der Stadt lebende Männer waren mit der Vollendung des 26. Lebensjahres und Frauen mit der Vollendung des 30. Lebensjahres wahlberechtigt. Auf dem Land lag diese Altersgrenze bei beiden Geschlechtern bei 30 Jahren. Auch musste hier ein Nachweis der Schreib- und Lesefähigkeit erbracht werden. MARGIT SZÖLLÖSI-JANZE, *Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn. Historischer Kontext, Entwicklung und Herrschaft*, München 1989, S. 149.

das „leidende Subjekt“ der politischen Machthaber gewesen. Dass dieser Diskurs nicht nur Produkt einer bewusst entwickelten Strategie war, sondern auch von einer tieferen Überzeugung rühren konnte, lässt das Tagebuch von Iván Boldizsár vermuten, der als Leiter des Propagandadienstes die Pariser Delegation begleiten durfte. Am 9. September 1946 notierte er eine Episode in sein Tagebuch, die sich mit Ministerpräsident Ferenc Nagy im Pariser Hotel Claridge zugetragen hatte. Der aus einfachen Verhältnissen stammende Nagy fühlte sich in seinem großen Hotelzimmer nicht wohl. „Es ist so groß wie ein Ballraum“, soll er gemeint und die Delegierten gebeten haben, für ihn ein kleineres Zimmer zu beschaffen: „Ich bin ein einfacher Bauer, ich mag diese hochherrschaftlichen Dinge nicht.“ Als man ihn darauf hinwies, dass man diese Begründung nicht ins Französische übersetzen könne, antwortete er:

„Wieso nicht? Ich kann doch schon so viel Französisch, dass ich zumindest weiß, dass ‚Herr‘ ‚Monsieur‘ bedeutet.‘ Ich [Iván Boldizsár, R. F.] antwortete nicht sofort. Der Botschafter [...] begann zu erklären, dass das französische ‚Monsieur‘ nicht eins zu eins dasselbe bedeutet wie das ungarische ‚Úr‘. Der Ministerpräsident antwortete nicht. Er schwieg so hartnäckig, dass der Botschafter abbrach. Auch um uns wurden die frühstückenden Menschen still. Über die ungarische Gruppe sank die Taucherglocke der Geschichte. [...] Wie sollen uns die Franzosen, Engländer, Amerikaner verstehen, wenn wir ihnen nicht einmal bewusst machen können, dass es bei uns ‚Herren‘ gab, und diese ‚Herren‘ hatten regiert, diese ‚Herren‘ hatten den Krieg erklärt.“<sup>40</sup>

Ein besonders willkommenes Ereignis in dieser Argumentationsstrategie stellte der Wunsch Ungarns dar, aus dem Krieg auszutreten, der zur Besetzung des Landes durch deutsche Truppen am 19. März 1944 geführt hatte. Der Anwalt und Politiker Iván Szűts schlug in einem Brief an Ministerpräsidenten Ferenc Nagy gar vor, den 19. März 1944, den Tag, an dem deutsche Truppen Ungarn besetzten, als „Tag des Ruhms“ zu interpretieren, da „an diesem Tag das ungarische Volk und die ungarische Gesellschaft mit ihrem Verhalten das ‚freundschaftliche‘ und ‚verbündete‘ Deutschland zwang, dass es das ebenfalls ‚freundschaftliche‘ und ‚verbündete‘ Ungarn militärisch besetzte.“<sup>41</sup> Dies sei – so Szűts – wie eine „mora-

<sup>40</sup> BOLDIZSÁR, Don – Buda – Párizs, S. 327.

<sup>41</sup> PIL, 274/10, 26, Bl. 58, Brief von Iván Szűts an Ministerpräsident Ferenc Nagy vom 07.05.1946. Szűts schrieb zwei Briefe an Nagy, in denen er mögliche Argumentationswege für die Friedensverhandlungen ausführte. Die Briefe wurden publiziert in: ISTVÁN OKVÁTH, „Különös“ javaslatok a magyar béke-előkészítéssel kapcsolatban. Dr. Szűts Iván és Nagy Ferenc miniszterelnök levélváltása a béke-előkészítés és jóvátétel kérdésében

lische Atombombe“ für Deutschland gewesen und hätte zum baldigen Verlust des Krieges wesentlich beigetragen – eine Position, die auch die ungarische Regierung selbst vertrat. So hieß es etwa in der Begründung des Gesetzesentwurfes über Ungarns Kriegserklärung an Deutschland: „Während des Krieges widerstand Ungarn, soweit es ging, den zunehmenden deutschen Kriegsforderungen, was schließlich dazu führte, dass Deutschland Ungarn militärisch besetzte.“<sup>42</sup>

Obwohl sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Konstruktion einer nationalen „Meistererzählung“, deren Ausgangspunkt der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland bildete, aufgrund der historischen Vorgeschichte erschwert hatte, gelang es dem ungarischen Staat so, durch größere und kleinere Geschichtsumdeutungen einen Widerstandsmythos zu formen, der die nationale Einheit in der Ablehnung des Faschismus hervorhob, die Befreiung „als Befreiung von fremder Besatzung wie auch als Befreiung von ungerechten politischen und sozialen Verhältnissen“<sup>43</sup> interpretierte und in dem neben der Hervorhebung aktiver Widerstandshandlungen gegen das „Dritte Reich“ auch die passive Resistenz der Bevölkerung bis hin zum Mythos der Selbstbefreiung Platz fanden.<sup>44</sup> So merkte auch der frühere Chef des ungarischen militärischen Geheimdienstes Gyula Kádár 1978 in seiner Autobiografie zynisch an:

„Wenn es [in Ungarn] so viele ‚Widerstandskämpfer‘ vor dem 19. März 1944 gegeben hätte wie im Mai 1945 und danach, dann hätte Hitler niemals die Okkupation des Landes gewagt, denn er hätte sowohl das Lahmlegen der Produktion und der Lieferung von Gütern als auch die Notwendigkeit zu fürchten gehabt, schließlich Waffengewalt anwenden zu müssen.“<sup>45</sup>

---

[„Seltsame“ Vorschläge in Zusammenhang mit der ungarischen Friedensvorbereitung. Briefverkehr zwischen Dr. Iván Szűts und Ministerpräsident Ferenc Nagy in Fragen der Friedensvorbereitung und der Reparation], in: *Mozgó Világ* 7 (1986), S. 47–50.

<sup>42</sup> Begründung des Gesetzesentwurfes über Ungarns Kriegserklärung an Deutschland, Vorschlag der Provisorischen Regierung, der Provisorischen Nationalversammlung am 11.09.1945 vorgetragen, in der Provisorischen Nationalversammlung am 06.09.1945, in: *Az Ideiglenes Nemzetgyűlés Naplója*, S. 76.

<sup>43</sup> ÉTIENNE FRANÇOIS, *Meistererzählungen und Dammbürche. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zwischen Nationalisierung und Universalisierung*, in: 1945. *Arena der Erinnerungen*, Bd. 1, hg. v. MONIKA FLACKE / Deutsches Historisches Museum, Mainz 2004, S. 13–28, hier S. 16.

<sup>44</sup> Ebd.

<sup>45</sup> GYULA KÁDÁR, *A Ludovikától Sopronköhidaig. Visszaemlékezések* [Von der Ludovika bis nach Sopronköhida. Erinnerungen], Budapest 1978, S. 15.



Um diesen Widerstandsmythos in der öffentlichen Erinnerungskultur zu festigen, verknüpften die ungarischen koalitionären Regierungen der Jahre 1945 bis 1948 die Kriegseignisse und den antifaschistischen Widerstand mit der 1848er Revolution gegen die Vorherrschaft der Habsburger und damit mit einem wichtigen Bezugspunkt nationaler Geschichte. Inhaltlich setzte der ungarische Staat dabei den Krieg gegen Habsburg mit dem gegen Deutschland gerichteten Antifaschismus gleich und zog so eine Parallele zwischen der nationalsozialistischen, deutschen Besatzungsmacht und den Habsburgern. So verkündete das Staatliche Nationale Komitee 1946 anlässlich der Verabschiedung der neuen Verfassung:

„Die ungarische Nation vollbringt jetzt eine der gewichtigsten Handlungen ihrer Geschichte: Sie legt den Grund zu einer neuen Verfassung und entscheidet frei in der Frage der Staatsform. [...] Unsere Nation stöhnte Jahrhunderte lang unter der erdrückenden Herrschaft des fremden Herrschaftshauses, unzählige Male versuchte sie sich von ihr zu befreien. Sich zu befreien von der schändlichen Knechtschaft, unter der die Freiheit unseres Volkes, die Existenz unserer Sprache, Kultur und Nation immer wieder in tödliche Gefahr geriet.“<sup>46</sup>

Die Anknüpfung an die Revolution 1848/49 lag wohl in erster Linie in den Bemühungen begründet, nach der Kriegserfahrung eine neue nationale Identität zu etablieren und zu festigen. Der junge Staat legitimierte sich, indem er auf demokratische Traditionen bzw. auf einen langen militärischen Konflikt verwies und indem er betonte, dass die neu etablierte Regierung den späten Sieg der Revolution bedeuten würde. Die Kollaboration mit der deutschen Macht bedeutete für sie demnach auch einen historischen Verrat am Kampf für die ungarische Unabhängigkeit, hatte ja Ungarn seit Jahrhunderten gegen die Unterdrückung durch Habsburg gekämpft. Indem die Jahre 1920 bis 1945 als ein Bruch mit dem Kampf um nationale Selbstbestimmung dargestellt wurden, schufen die politischen Akteure der Nachkriegszeit historische Kontinuität und legitimierten die politische Wende 1944/45 als „nationale Wiedergeburt“.<sup>47</sup> Dass die hier skizzierten Argumentationslinien auf von den ungarischen Entscheidungsträgern trotz besseren Wissens bewusst getroffenen strategischen Entscheidungen basierten, belegt folgende Randbemerkung der Friedensvorbereitenden Abteilung:

---

<sup>46</sup> PIL 274/15, 20, Bl. 7 f., Protokoll des Staatlichen Nationalen Komitees vom 28.01. 1946.

<sup>47</sup> Ausführlich dazu: REGINA FRITZ, Ungarn nach dem Krieg. Geschichtspolitik als Instrument der Demokratisierung, in: Jahrbuch für Politik und Geschichte 3 (2013), S. 77–93.

„Es steht außer Zweifel, dass die gesamte rechte Bewegung in Ungarn auch eine Massenbewegung war und dass sie nicht nur Konsequenz der falschen Erziehung, des Kopfverdrehs, der dummen und böswilligen Politik war, sondern sie wurzelte [...] auch in inneren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen. [...] Die rechte Bewegung war nicht ausschließlich das Ablenkungsmanöver der herrschenden Klassen, sondern darin kochten auch formlose und unvollkommene soziale Wünsche. Die [...] Frage ist also, inwieweit die ungarische Regierung auf diesen Aspekt der rechten Bewegungen bereit ist zu verweisen, da dies der Punkt ist, bei dem die Verantwortung des ungarischen Volkes am direktesten aufkommt.“<sup>48</sup>

### Resümee

Die ersten Nachkriegsmonate und die Pariser Friedensverhandlungen brachten kurzzeitig einen bedeutenden Impuls für die Auseinandersetzung mit der Kriegsschuld in Ungarn. Die Erstellung historischer Studien über das Horthy- bzw. Szálasi-Regime sowie die Einführung zahlreicher Verordnungen und Gesetze, die begangenes Unrecht wiedergutmachen und mit den Verantwortlichen abrechnen sollten, waren wichtige Schritte im Prozess der Auseinandersetzung mit der unmittelbaren Vergangenheit, sie waren jedoch auch bald von Rechtfertigungstendenzen gekennzeichnet.

Dass die Aufklärung der Verbrechen auch außenpolitisch motiviert war, zeigen nicht nur die zitierten politischen Reden vor der ungarischen Nationalversammlung und der erhalten gebliebene Schriftverkehr im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen. Auch der Leiter der Abteilung zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen im Außenministerium, István Kertész, erinnerte sich Jahre später in seinen Memoiren:

„Das Bedürfnis, mit der Vergangenheit abzurechnen, hatte nicht nur ungarische Wurzeln. Nach dem Krieg war das Horthy-Regime sowohl im Osten als auch im Westen unpopulär. Die siegreichen Mächte blickten auf Ungarn als einen Satellitenstaat der Achsenmächte, der – mit seinen revisionistischen Absichten – einer der Hauptunheilstifter der europäischen Politik war. [...] Man ignorierte, dass Ungarn sich nur widerwillig am Zweiten Weltkrieg beteiligt hatte. Die frühen Anläufe und Versuche, einen Waffenstillstand abzuschließen, wurden nicht gewürdigt. Anders als andere Verbündete der Achsenmächte hatte Ungarn während des Krieges nicht die Seiten gewechselt, und dass einige Heeresgruppen bis zur endgültigen Niederlage auf der Seite der Deutschen gekämpft hatten, wog besonders schwer. Das Bild eines widerwil-

---

<sup>48</sup> MNL OL, XIX-J-1-a, 32. Schachtel, Bl. 92, Notiz der Friedensvorbereitenden Abteilung vom 19.09.1945.

ligen Bündnispartners schlug so in das Image des letzten Satellitenstaates von Hitlers Gnaden um. [...] In dieser Zwangssituation war unsere einzige Möglichkeit, zu behaupten, dass der Großteil des ungarischen Volkes dem Nazismus widerstanden habe [...].“<sup>49</sup>

Diese Argumentationslinie, die vor allem von Mitgliedern der Partei der unabhängigen kleinen Landwirte entwickelt wurde, entsprach nicht der Sichtweise der kommunistischen Partei, die die öffentliche Auseinandersetzung in vielen anderen Fällen prägte. Allein in geschichtspolitischen Fragen im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen scheint sie durchaus zu Kompromissen bereit gewesen zu sein, wie auch Kertész weiter ausführt:

„Die offene Zurückweisung dieser Argumentation fiel sogar den Kommunisten schwer. Diese Argumente nahmen die linken Elemente der Koalition zwar mit Widerwillen auf und verurteilten sie, aber sie haben ihnen nicht widersprochen. So wurde es möglich, dass wir in Heften und Büchern unsere Vorstellungen darlegen konnten.“<sup>50</sup>

Die während den Friedensverhandlungen vorgebrachte Argumentationslinie hatte schließlich dennoch wenig Erfolg. Die Pariser Friedensverträge machten die ungarischen Entlastungsversuche zunichte und verdeutlichten, dass die Alliierten für die Ereignisse während des Zweiten Weltkrieges den ungarischen Staat verantwortlich machten und ihn nicht als Opfer deutscher Besatzungspolitik sahen. Der am 10. Februar 1947 unterzeichnete Friedensvertrag stellte die ungarischen Grenzen von 1920 bis auf eine kleine Abweichung<sup>51</sup> wieder her und verfügte, dass Ungarn Reparationszahlungen in der Höhe von insgesamt 300 Mio. Dollar an die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Jugoslawien zu entrichten hatte.

Dass es in Ungarn zur moralischen Selbstprüfung, die für die Zeit nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Aussicht gestellt worden war, in den folgenden Jahren nicht mehr kam, hatte mehrere Gründe. Die ungarischen Regierungen erkannten bald, dass sie durch die Entlastung der Gesellschaft, die Schaffung eines Widerstandsmythos, die Hervorhebung von aktiven und passiven Widerstandshandlungen oder die Externalisierung der Verantwortung gesellschaftliche Akzeptanz erreichen und Identität stiften konnten. Sie schufen damit ein Narrativ, das alle Teile der

---

<sup>49</sup> ISTVÁN KERTÉSZ, *Magyar békeillúziók 1945-1947* [Ungarische Friedensillusionen], Budapest 1995, S. 149 f.

<sup>50</sup> Ebd., S. 150.

<sup>51</sup> Drei Dörfer an der tschechoslowakisch-ungarischen Grenze (43 km<sup>2</sup>) wurden der Tschechoslowakei zugesprochen.

Bevölkerung in die Gesellschaft weitgehend integrierte, Identifikation mit dem Staat ermöglichte, der Gesellschaft einen Zusammenhalt gab und die Autorität und Legitimität des Staates wiederherstellte.

Der Historiker Tony Judt weist darauf hin, dass „ohne eine solche kollektive Amnesie Europas erstaunlicher Neuanfang nach dem Krieg nicht möglich gewesen [wäre]“. <sup>52</sup> Den ungarischen Nachkriegsregierungen war dabei bewusst, dass sie beim Wiederaufbau auf jene gesellschaftlichen Schichten angewiesen waren, die sich während des Krieges kompromittiert hatten. Entsprechend führte auch der ungarische Journalist Iván Boldizsár in Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen bereits am 31. Oktober 1945 aus:

„Ein Staat errötet hier bis aufs Mark, schämt sich und möchte sich durch ein strenges Urteil von seiner Vergangenheit lossagen. (Heute können nicht einmal große Nationen sich den Luxus erlauben, nicht darauf zu achten, was ‚die Heimat der Völker: Die Welt‘ von ihnen hält.) Es ist meine Überzeugung, dass das Bewusstsein der Schuld oder zumindest der Teilschuld für die Reinigung notwendig ist, ich glaube daran, dass Buße das A und O der Vergebung ist. Die rigorose Ahndung ist nicht nur ein Erfordernis der Gerechtigkeit, sondern auch der Politik. Dennoch, für einen Neubeginn, für eine Wiedergeburt wird das nicht reichen. Eine Nation kann nicht in ständigem Schuldbewusstsein leben, und auch wenn sie Reue zeigt, darf sie nicht auf die Selbstachtung, auf das Selbstbewusstsein verzichten.“ <sup>53</sup>

Hinzu kam, dass sich seit 1946 der Prozess der Überwindung der Diktatur zunehmend mit dem Bestreben der kommunistischen Partei nach Ausbau und in weiterer Folge nach Übernahme der politischen Macht verband: Die geschichtspolitische Auseinandersetzung über die Vergangenheit wurde machtpolitischen Zielen untergeordnet. Obwohl der Friedensvertrag der ungarischen Gesellschaft eine Teilverantwortung für den Zweiten Weltkrieg zuschrieb und dies durchaus den Weg dafür hätte freimachen können, sich ohne internationale „Beobachtung“ dieser Mitverantwortung zu stellen, führten das Wegfallen des Drucks durch das Ausland und der Machtzuwachs der kommunistischen Partei bald zum Beschweigen des Themas. Das während den Friedensverhandlungen entwickelte Externalisierungs- und Entlastungsnarrativ wurde schließlich nach der politischen Wende 1989/90 aktualisiert und charakterisiert bis heute den politischen Diskurs.

---

<sup>52</sup> TONY JUDT, *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, München / Wien 2007, S. 82.

<sup>53</sup> BOLDIZSÁR, Don – Buda – Párizs, S. 252.